

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 52.

Charlottenburg, Freitag, den 30. Dezember 1921.

48. Jahrg.

Zeitrückschau.

Von Ernst Dreczang.

Sinnst wohl in Bedenklichkeit
heut um deinen Frieden:
Eine unruhschwangre Zeit,
Uebervoll von Last und Streit
Wurde uns beschieden.

Und du schaust der Tage Zahl
Klette nun an Klette,
Blühen und glühen auf einmal,
Wandeln sich zu Ring und Stahl,
Schlingen sich zur Kette.

Und ein jedes Ringlein laßt
sich von deinem Leben
Deiner Lust und deiner Last;
Jedem neuen Tage hast
Du ein Stück gegeben.

Jede Stunde triebst du so,
Sich ans Rad zu heften,
Bis sie vor der nächsten floh.
Und nun wirkt sie irgendwo
Still mit deinen Kräften.

Wähnst du auch, daß sie verwehn,
Spurlos sind gestorben —
Was du schufest, bleibt bestehn.
Leicht hat eine Tat sich zehn
Andere erworben.

Und ein gutes Wort von dir
Glüht als Funke weiter.
Hundert Meilen fern von hier
Glänzt vielleicht es als Panier
Einem frohen Streiter.

Sinnst du in Bedenklichkeit
heut um deinen Frieden?
Wirf die Kräfte in die Zeit,
Und sie wird in Last und Streit
Sich ihr Morgen schmieden.

Humanität.

(Schluß.)

Wenn das Wesen des Kapitalismus in der Ausbeutung der
Arbeiterklasse und in der Sucht nach Profit, Mehrwert und Reich-
tum besteht, so ist der Militarismus, der die Arbeiterklasse
in den Kampf zieht, nur ein Mittel, um die Arbeiterklasse zu
zerstören und die Arbeiterklasse zu unterwerfen. Die Arbeiter-
klasse muß sich gegen den Militarismus wehren, um ihre Freiheit
zu erhalten. Die Arbeiterklasse muß sich gegen den Militarismus
wehren, um ihre Freiheit zu erhalten. Die Arbeiterklasse muß sich
gegen den Militarismus wehren, um ihre Freiheit zu erhalten.

morden der Kriege dieses Jahrtausends in Europa zurückblieben, welches ungeheure Elend ist dadurch über die beteiligten und nichtbeteiligten Völker gekommen. Die wiederholten Kreuzzüge mit ihrem „geheiligten“ Fanatismus haben mit der Folge von Seuchen ganze Generationen vernichtet. Dabel sei auch an die Wirkung der „Lustheuche“ erinnert. Die Heerzüge der deutschen Kaiser nach Italien und besonders der Dreißigjährige Krieg hatten am Ende die Männer derartig reduziert, daß, um eine Bevölkerungszunahme herbeizuführen, diesen das Zusammenleben mit mehreren Frauen nicht nur gestattet, sondern sogar landesgesetzlich gefördert wurde. Die Kriegsverwüstung war so ungeheuerlich, daß in einzelnen Reichsländern ganze Teile mit großen Ortschaften in Schutthaufen verwandelt und vollständig entvölkert wurden. In ganzen Provinzen hatte jeder menschliche Verkehr aufgehört. Ein ähnlich graufiges Bild bieten die preussischen Kriege um Schlesien und die Napoleonischen Abschlachtungen, wodurch Frankreich allein über 2 Millionen Männer verloren hatte. Die Türkei, ein innerlich in Auflösung begriffenes Staatsgebilde, ist seit einem Jahrhundert nicht aus dem Kriegszustand herausgekommen. Die kaiserlichen Verwüstungen Napoleons III. in Italien und in der Krain haben genau die blutigen Spuren hinterlassen wie die Kämpfe um die „deutsche Sache“ von 1864, 1866 und 1870. Der letzte europäische Krieg von 1914 bis 1918 mit den Folgen einer wahnsinnigen Ländergier und imperialistischen Herrschaft steht nur im Vergleich mit den Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges. Ein namenloses Unglück für die Unterlegenen, woran sich die leitenden Männer und die herrschenden Klassen der Siegerstaaten noch durch eine zügellose Gewaltpolitik zu berauschen suchten. Bei alledem gibt es noch Bevölkerungspolitiker, die den Krieg als einen berechtigten Faktor zur Verhinderung der Uebervölkerung ansehen. Europa zeigt heute einen Rückfall in die Barbarei und in die Brutalität der Gewalt.

Eine natürliche Folgeerscheinung eines jeden längeren Krieges ist die Verrohung und die Demoralisation nicht unbedeutlicher Volksteile, wobei die Siegerstaaten nicht ausgeschlossen sind. Wie schon während des Krieges, so zeigt sich jetzt ein gieriges Streben nach Geld und Besitz. Eine neue Klasse von Besitzenden ist während des Krieges großgezogen worden, die ohne Scheu schamlos, in wucherischer Art dem Volke allen Lebensbedarf verteuert und dadurch die Verelendung ins Uferlose fördern muß. Der Wert des Menschen ist nicht allein moralisch, sondern auch physisch gesunken. Außer den Folgen der Hungerblockade sind für die Kriegsproduktion im Innern des Landes, wo die gewerblichen Schutzvorschriften vollständig unbeachtet blieben, Tausende von älteren Männern, Frauen und Jugendlichen geopfert worden. Die Nachwirkungen in der Entwertung des Menschen, und hierbei in den Vordergrund tretend der Mensch „Arbeiter“, sind in den letzten drei Jahren nach dem Kriege durch die industriellen Katastrophen recht offen zum Ausdruck gekommen. Solche Vorgänge sind für den Kapitalismus bei der Mehrverwertung oft weniger störend. So werden z. B. jetzt die durch die Explosion zerstörten Werke in Oppau nach der neuesten Technik wieder aufgebaut. Daher eine starke Steigerung der Wertpapiere des Konzerns der chemischen Industrie an der Börse. — Was gilt dabei heute ein Arbeiterleben!

Aber auch dem entgegen muß jeder Krieg auf den Kulturmenschen abstoßend und empörend wirken. Solche Entartungen haben es noch niemals verhindern können, daß in einem nicht unbedeutlichen Teile des Volkes und, wie die Geschichte der neueren Zeit zeigt, auch besonders bei der Arbeiterklasse sich die festesten Empfindungen gegen diesen Morast und Sumpf aufbauen.

Zur Beachtung für die Zahlstellenassierer!

Durch die Notiz in Nr. 49 der „Ameise“ ist den Mitgliedern und Verwaltungen bekanntgeworden, daß die nächste ordentliche Generalversammlung in der Zeit vom 9. bis 16. Juli 1922 in Dresden stattfindet.

Um eine rechtzeitige Fertigstellung des Rassenberichtes zu ermöglichen, werden die Zahlstellenassierer ersucht, den Rechnungsabluß pro 4. Quartal 1921 sofort nach Schluß des Quartals fertigzustellen und an die Hauptkasse einzusenden.

Ferner haben die Mitglieder der vom Vorstand beantragten Beitragserhöhung zugestimmt. Die erhöhten Beiträge treten ab 1. Januar 1922 in Kraft. Es müssen deshalb den Zahlstellenassierern neue Eintritts- und Beitragsmarken zugestellt werden.

Die bisher zur Quittierung der gezahlten Beiträge und Eintrittsgelder verwendeten Marken werden eingezogen. Alle bis zur Fertigstellung der Abrechnung nicht verkauften Marken, das sind die in der Abrechnung als Bestand angegebenen Marken, sind, mit Ausnahme der Erwerblosen- und 150-Pf.-Beitragsmarken, mit der Abrechnung pro 4. Quartal an die Hauptkasse einzusenden.

Hierauf werden die Mitglieder besonders aufmerksam gemacht und dringend ersucht, die bis 31. Dezember 1921 fälligen Beiträge bis dahin zu begleichen. Mitglieder, die nach Fertigstellung der Abrechnung noch Restposten vom 4. Quartal 1921 aufweisen, können diese nur durch Zahlung des neuen höheren Beitrages begleichen. Ein Zurückhalten von Marken für die Restposten ist schon wegen der ordnungsmäßigen Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte unstatthaft, und es muß auch ausgeschlossen bleiben, daß der Zahlstellenassierer die Fertigstellung der Abrechnung in Rücksicht auf die säumigen Mitglieder verzögert. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder, daß hier Gelegte zu beherzigen und die bis 31. Dezember 1921 fälligen Beiträge bis zu diesem Zeitpunkte auch zu entrichten.

Auch darauf mache ich aufmerksam, daß das laufende Jahr 53 Wochen aufweist, mithin müssen für das 4. Quartal 1921 14 Wochenbeiträge entrichtet werden. Die Beitragsmarke für die 14. Woche wird in das 53. Wochenfeld der Mitgliedskarte bezw. des Mitgliedsbuches eingeklebt.

Gleichzeitig mit der Abrechnung pro 4. Quartal ist auch die Berufsstatistik einzusenden. Die entsprechenden Formulare werden den Zahlstellenassierern mit Nr. 52 der „Ameise“ zugesandt. Auf die Ausfertigung dieses statistischen Formulars wollen die Assierer die größte Sorgfalt verwenden. Die Zahl der weiblichen und männlichen Mitglieder, die in den fünf Berufsgruppen angegeben wird, muß in der Gesamtheit mit der am Kopf des Formulars und mit der im Abrechnungsformular angegebenen Mitgliederzahl genau übereinstimmen. Es ist ferner zu beachten, daß in Gruppe 4 unter „Hand-, Hof- und Tagearbeiter“ nur diejenigen Mitglieder aufzuführen sind, die in keine der einzelnen Berufsarten der fünf Gruppen eingereicht werden können. Für die Einreihung in eine der angeführten Berufsarten kommt nur die Berufstätigkeit in Betracht; die Frage, ob gelernt oder ungelernt, scheidet dabei vollständig aus.

Ich hoffe, daß jeder Zahlstellenassierer das berufsstatistische Formular gewissenhaft ausfertigt und auch mit der Abrechnung bestimmt einsendet, damit eine besondere Mahnung, schon wegen der hohen Postkosten, nicht erfolgen braucht.

Beitreffs der Zulassung der neuen Beitragsmarken ersuche ich die Zahlstellenassierer, die Einschätzung der Mitglieder sofort vornehmen zu lassen, damit sie mir mitteilen können, welche Markentypen und wieviel sie von jeder Sorte benötigen. Dadurch würde die Versendung der Marken erleichtert und verhütet, daß Markentypen gefandt würden, die in der Zahlstelle gar nicht oder doch nur in geringer Zahl benötigt werden. **Wilh. Herden.**

Briefkasten der Redaktion.

Berichtsberichte aus Gera (S.-G.), Ohrdruf und Schweidnitz mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler.

Rassenbericht pro 3. Quartal 1921.

Einnahme.		Ausgabe.	
Beiträge u. Eintrittsgeld.	3973,25	Krankengeld	1940,—
Kapitalverkehr	740,15	Sterbegeld	150,—
Best. vom 2. Quartal 1921	33120,45	Kapitalverkehr	863,—
		Verwaltung d. Zahlstellen	202,—
		Hauptk.	48 85
		Ungeordentl. Ausgaben	5,80
		Rassenbestand	34624,20
Summa	37833,85	Summa	37833,85

Vermögens-Nachweis.

Spartassenbuch Nr. B 101	82707,15 M.
Bar	1634,45
	732,60
Summa	85074,20 M.

Mitgliederbestand: 623.

Herrmann Schubert, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter berücksichtigt.

Einige tüchtige Dreher für unsere Isolatorenabteilung werden eingestellt. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt.
D. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Hoflan, Anhalt.

Gelernter Porzellanmaler für sofort gesucht. Offerten mit Angabe, wo überall tätig gewesen, unter „301“ an die Red. der „Ameise“.

Wir suchen mehrere unverheiratete
Maler

für reiche Dekoration. Wohnungsmöglichkeit vorhanden. Offerten mit Zeugnisabschriften an
Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth (Musk).

Tüchtige Dreher

zum möglichst sofortigen Antritt sucht

D. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges.,
Margarethenhütte, Post Großbraun/Sachsen.

Teller- und Großgeschirrdreher, sowie Vieher für Schüsseln und Terrinen, die in erstklassigem Tafelgeschirr durchaus bewandert sind, werden von uns eingestellt. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit an
Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth b. Werda, Sa.

Se ein tüchtiger Dvalformer und Formengießer, der auch Modelleinrichten versteht, zu sofortigem Antritt gesucht.
Porzellanfabrik Burgau, Post Göschwitz a. Saale, S.-A.

Schriftenmaler für Apotheken-Standardgefäße bei hohem Stundenlohn und Akkord sofort gesucht.
Janke & Kuntel, Köln a. Rhein, Im Sionstal 29-31.

Geübte ledige Isolatorendreher zum sofortigen Eintritt gesucht.
Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H., Teltow b. Berlin.

Wir suchen einige tüchtige Malerinnen für Goldband und Staffage.
Porzellanfabrik Drambach, Drambach i. Sa.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Reelles Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Broschüre.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf., je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu
10 " 25—50 "
A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Königs-Platz 17.

Goldasche, Abfälle, ausgebranntes Malergold, wird sofort eingeschmolzen und zahlt höchste Tagespreise
A. Geyer, Goldarbeiter
Selb i. Bayern.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emil Theimer, Langewiesen b. Jlm, Thür.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold kauft stets zu höchsten Tagespreisen.
Christoph Geier, Höchstädt b. Thiersheim, Oberfranken.

CHRISTOPF SACK

WEIWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 52.

Charlottenburg, Freitag, den 30. Dezember 1921.

48. Jahrg.

Zeitrückschau.

Von Ernst Preczang.

Sinnst wohl in Bedenklichkeit
heut um deinen Frieden:
Eine unruhswangre Zeit,
Uebervoll von Last und Streit
Wurde uns beschieden.

Und du schaust der Tage Zahl
Klette nun an Klette,
Blühn und glühen auf einmal,
Wandeln sich zu Ring und Stahl,
Schlingen sich zur Kette.

Und ein jedes Ringlein faßt
Auch von deinem Leben,
Deiner Lust und deiner Last;
Jedem neuen Tage hast
Du ein Stück gegeben.

Jede Stunde triebst du so,
Sich ans Rad zu heften,
Bis sie vor der nächsten floh.
Und nun wirkt sie irgendwo
Still mit deinen Kräften.

Wahnst du auch, daß sie verwehn,
Spurlos sind gestorben —
Was du schufest, bleibt bestehn.
Leicht hat eine Tat sich zehn
Andere erworben.

Und ein gutes Wort von dir
Glüht als Funke weiter.
Hundert Meilen fern von hier
Glänzt vielleicht es als Panier
Einem frohen Streiter.

Sinnst du in Bedenklichkeit
heut um deinen Frieden?
Wirf die Kräfte in die Zeit,
Und sie wird in Last und Streit
Sich ihr Morgen schmieden.

Humanität.

(Schluß.)

Wenn das Wesen des Kapitalismus in der Ausbeutung der Arbeiterklasse und in der Sucht nach Profit, Mehrwert und Reichtum der Besitzenden seinen Ausdruck erhält, so ist der Militarismus im Staat eine Verkörperung und Sanktion der rohen Gewalt zur Unterdrückung der großen Massen und in seiner Auswirkung durch den Krieg auch für andere Völker. Diese Gewalt ist zu allen Zeiten ein Feind der Menschensolidarität und der wahren Humanität gewesen. Wenn wir auf das Massen-

morden der Kriege dieses Jahrtausends in Europa zurückblicken, welches ungeheure Elend ist dadurch über die beteiligten und nichtbeteiligten Völker gekommen. Die wiederholten Kreuzzüge mit ihrem „geheiligten“ Fanatismus haben mit der Folge von Seuchen ganze Generationen vernichtet. Dabei sei auch an die Wirkung der „Lustseuche“ erinnert. Die Heerzüge der deutschen Kaiser nach Italien und besonders der Dreißigjährige Krieg hatten am Ende die Männer derartig reduziert, daß, um eine Bevölkerungszunahme herbeizuführen, diesen das Zusammenleben mit mehreren Frauen nicht nur gestattet, sondern sogar landesgesetzlich gefördert wurde. Die Kriegsverwüstung war so ungeheuerlich, daß in einzelnen Reichsländern ganze Teile mit großen Ortschaften in Schutthaufen verwandelt und vollständig entvölkert wurden. In ganzen Provinzen hatte jeder menschliche Verkehr aufgehört. Ein ähnlich graufiges Bild bieten die preussischen Kriege um Schlesien und die Napoleonischen Abschlachtungen, wodurch Frankreich allein über 2 Millionen Männer verloren hatte. Die Türkei, ein innerlich in Auflösung begriffenes Staatsgebilde, ist seit einem Jahrhundert nicht aus dem Kriegszustand herausgelommen. Die kriegerischen Verwickelungen Napoleons III. in Italien und in der Krim haben genau die blutigen Spuren hinterlassen wie die Kämpfe um die „deutsche Sache“ von 1864, 1866 und 1870. Der letzte europäische Krieg von 1914 bis 1918 mit den Folgen einer wahnsinnigen Ländergier und imperialistischen Herrschaft steht nur im Vergleich mit den Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges. Ein namenloses Unglück für die Unterlegenen, woran sich die leitenden Männer und die herrschenden Klassen der Siegerstaaten noch durch eine zügellose Gewaltpolitik zu berauschen suchen. Bei alledem gibt es noch Bevölkerungspolitiker, die den Krieg als einen berechtigten Faktor zur Verhinderung der Uebervölkerung ansehen. Europa zeigt heute einen Rückfall in die Barbarei und in die Brutalität der Gewalt.

Eine natürliche Folgeerscheinung eines jeden längeren Krieges ist die Verrohung und die Demoralisation nicht unbedeutlicher Volksteile, wobei die Siegerstaaten nicht ausgeschlossen sind. Wie schon während des Krieges, so zeigt sich jetzt ein gieriges Streben nach Geld und Besitz. Eine neue Klasse von Besitzenden ist während des Krieges großgezogen worden, die ohne Scheu schamlos, in wucherischer Art dem Volke allen Lebensbedarf verteuert und dadurch die Verelendung ins Uferlose fördern muß. Der Wert des Menschen ist nicht allein moralisch, sondern auch physisch gesunken. Außer den Folgen der Hungerblockade sind für die Kriegsproduktion im Innern des Landes, wo die gewerblichen Schutzvorschriften vollständig unbeachtet blieben, Tausende von älteren Männern, Frauen und Jugendlichen geopfert worden. Die Nachwirkungen in der Entwertung des Menschen, und hierbei in den Vordergrund tretend der Mensch „Arbeiter“, sind in den letzten drei Jahren nach dem Kriege durch die industriellen Katastrophen recht offen zum Ausdruck gekommen. Solche Vorgänge sind für den Kapitalismus bei der Mehrwertproduktion oft weniger störend. So werden z. B. jetzt die durch die Explosion zerstörten Werke in Oppau nach der neuesten Technik wieder aufgebaut. Daher eine starke Steigerung der Wertpapiere des Konzerns der chemischen Industrie an der Börse. — Was gilt dabei heute ein Arbeiterleben!

Aber auch dem entgegen muß jeder Krieg auf den Kulturmenschen abstoßend und empörend wirken. Solche Entartungen haben es noch niemals verhindern können, daß in einem nicht unbedeutlichen Teile des Volkes und, wie die Geschichte der neuen Zeit zeigt, auch besonders bei der Arbeiterklasse sich die seelischen Empfindungen gegen diesen Morast und Sumpf auslehnen.

Wohl ist es wahr, daß sich bisher bei den Arbeitern in den Siegerstaaten nur ein sehr geringes Interesse für die Not ihrer Klassen-genossen in den besiegten Staaten gezeigt hat. Die Ursache ist nationaler Haß, Indifferentismus und Selbstsucht im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Konkurrenz. Man sagt sich einfach: „Es ist besser, daß die auf der anderen Seite die ungeheuren Lasten des Krieges tragen als wir.“ Ueber diese Erscheinung werden uns auch die großen Aktionen der „Internationale“ nicht hinwegtäuschen können. Die dabei wirkenden Kräfte werden vielfach überschätzt. Aber auch hier wird die gestärkte Macht des Kapitalismus dafür Sorge tragen, daß das Denten in andere Bahnen gelenkt wird. Auch in den wissenschaftlichen und in den Kreisen von „Bildung und Besitz“ scheint sich ein ernstliches Erwachen zum Menschenbewußtsein zu regen. Der Amsch ist vorüber. Es ist das Schicksal der Menschheit, daß sie erst durch Blut und Elend aufwärtstreiben kann. Solche Radikalkuren wirken, drastischer gezeichnet, wie Bauchstöße, die zur Besinnung führen. Das internationale Humanitätsempfinden fängt an sich zu einem wahrnehmbaren Protest gegen diese brutale Völkervernichtung zu verdichten, wobei nicht gering die Verweigerung der Hilfe für das hungernde Rußland beitragen wird. Wie man Deutschland durch die Hungerblockade, so wollen die „christlichen“ Staatsmänner der Entente das russische Volk mürbe und mehr empfänglich für die Ausbeutungspläne der westeuropäischen Kapitalistenkonzerne machen. Das ist die Geldsackhumanität, die sich von Zweckmäßigkeitsgründen leiten läßt. Bei dieser „Humanität“ gibt es noch einige Unterarten, wie die „Nächstenliebe“, die sich bei außerordentlichen Notfällen so barmherzig mit renomnierender Breite, von oben herab prohenhaft willig zeigt, materielle Opfer zu bringen usw. Diese Gefühlsheuchelei und diese „Humanität“ hat nichts gemein mit der Hilfe, welche der wahre Menschenfreund ohne Unterschied seiner Klassen- oder Parteistellung zu leisten bereit ist. Und dabei wird der gesunde Verstand in Verbindung mit dem inneren Empfinden die Tat bestimmen.

Eine solche kollektive Humanität ist eine aufbauende Kraft und dadurch auch ein Schrittmacher des Sozialismus. Daher müssen sich die Intelligenzen der Arbeiterklasse verpflichtet fühlen, hierbei nach Maßgabe ihrer Kräfte erzieherisch mitzuwirken.

G. Heine.

Unproduktive Lohnlasten.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände versandte im vorigen Monat folgendes Rundschreiben an die angeschlossenen Unternehmerorganisationen:

„In der Sitzung des Tarifausschusses der Vereinigung am Mittwoch, den 19. Oktober, wurde in Verbindung mit der Stellungnahme zur neuen Lohnbewegung eingehend erörtert, daß die Ablehnung weiterer unproduktiver Lohnlasten durch Mantel- oder Lohnsätze allmählich für die deutsche Volkswirtschaft eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung würde, um so mehr, als die Gewerkschaften neuerdings eine Lohnpolitik verfolgen, die auf eine rücksichtslose Ausnutzung vorhandener oder behaupteter Konjunkturen in den einzelnen Industriegruppen und Betrieben hinauskommt. Es wurde betont, daß ein Entgegenkommen der Arbeitgeber in der Frage der Erhöhung der produktiven Löhne gleichzeitig einen geschlossenen Widerstand gegen die Übernahme weiterer unproduktiver Lasten voraussetze.“

Die Geschäftsführung der Vereinigung hat sich nun in den letzten Wochen mehrfach bemüht, Unterlagen dafür zu gewinnen, wie hoch die gesamten unproduktiven Lohnlasten der deutschen Volkswirtschaft zurzeit sind, und in welchem Verhältnis sie zu dem gesamten Arbeitslohnkonto der Volkswirtschaft stehen. Unter unproduktiven Lasten haben wir dabei zunächst nur solche verstanden, denen eine Arbeitsleistung nicht gegenübersteht. Löhne für Arbeiter, die an dem Fabrikationsprozeß des Endproduktes nicht unmittelbar beteiligt sind, werden in diesem Sinne also nicht unproduktiv betrachtet.

Ferner haben wir nicht in Betrachtung gezogen diejenigen Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft durch die soziale Gesetzgebung seit Jahr und Tag zu tragen hat und die bekanntlich jetzt noch auf Kosten der Wirtschaftspolitik vermehrt werden sollen.

Schließlich sollen als unproduktive Lasten im engeren Sinne hier nicht diejenigen Lasten betrachtet werden, die mit der Einführung des Achtstundentages gegenüber den Betriebs- und Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit verbunden gewesen sind und die man heute für sich allein auf 15 Milliarden Mark schätzen muß. Es bleiben als unproduktive Lasten im Sinne dieser Ausführungen, alle in der Hauptsache durch die Lohnaufwendungen, die der Arbeitgeber nach den Bestimmungen der Tarifverträge machen muß, ohne dafür Gegenleistungen zu bekommen. Hierzu gehören die Bezahlung der Urlaubstage, die Bezahlung von Behinde-

rungsfällen im Sinne des § 616, die Bezahlung von Waspausen, Arbeitsausfall und Bezahlung von Arbeitsstunden für Betriebsratsitzungen, Arbeitsausfall durch Lohnzahlung während der Arbeitszeit, durch Bezahlung des Fortbildungsunterrichts in der Arbeitszeit und ähnliches mehr.

Nach vorläufigen Schätzungen, die wohl von der Wahrheit nicht allzu sehr abweichen, betragen die Aufwendungen für Urlaubbezahlung heute schon etwa 5 Milliarden Mark. Die Bezahlung von Waspausen und für Arbeitsausfall durch Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit können vielleicht auf 1,5 Milliarden geschätzt werden. Anhaltspunkte für die Bezahlung von Krankheitstagen und sonstigen Behinderungsfällen im Sinne des § 616 liegen noch nicht vor, bei einer flüchtigen Schätzung unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Erkrankung von jährlich 6 Tagen von 2 v. H. der Arbeiterschaft (gering gerechnet) kommen wir aber zu einem Aufwand von 1/2 Milliarde Mark.

Im Beton- und Tiefbaugewerbe ist durch Erhebungen festgestellt, daß die für Behinderungsfälle nach § 616 im Laufe eines Jahres aufgewendeten Beträge über den 10. Teil der gesamten in dieser Zeit aufgewandten Lohnsumme ausmachten. Der Gesamteindruck dieser Betrachtungen ergibt, daß man heute schon mit mindestens 10 Milliarden nach unproduktiven Lohnlasten rechnen muß, die die deutsche Volkswirtschaft vor dem Kriege nicht einmal dem Grunde nach, geschweige denn in solcher Höhe kannte.

Uns mit der zahlenmäßigen Auswirkung solcher tariflichen Bestimmungen zu befassen, haben wir, abgesehen von den oben erwähnten Grunddaten, als Folge unserer Tarifpolitik auch durch folgende Notiz der Zeitschrift des Bauarbeiterverbandes „Der Grundstein“, Nr. 40 von 1921, Anlaß: „Tausende von Mark den Unternehmern geschenkt durch ungenügende Beachtung der tariflichen Bestimmungen“ (über § 616). Der Tarifausschuß hat auf diese Ausführungen der Geschäftsführung hin die Möglichkeit und die Notwendigkeit bejaht, in den einzelnen Verbänden eingehende Erhebungen über die Ausführung solcher Tarifbestimmungen anzustellen und das Ergebnis mit möglichster Beschleunigung an die unterzeichnete Geschäftsführung gelangen zu lassen.

Indem wir diesen Beschluß unseres Tarifausschusses unseren Mitgliedern weitergeben, bitten wir, sich die Mühe zur Durchführung dieser Erhebungen nicht verdrießen zu lassen und dabei zu bedenken, daß für die zum Schluß des Jahres bevorstehenden Manteltarifverhandlungen eingehendes Zahlenmaterial für die Arbeitgeberverbände von der allergrößten Bedeutung sein muß.“

Das Register der Herren hat ein Loch. Es sollte eigentlich ebenfalls festgestellt werden, was die Unternehmer zur Unterstützung gelber Organisationen und politischer Parteien, die die Geschäfte des Unternehmertums besorgen, hergeben und was als Geschäftsunkosten gebucht wird. Das sind wohl „produktive“ Lasten. Uebrigens, wenn wirklich 10 Milliarden herauskommen sollten, was will das bedeuten im Vergleich zur Entwertung der deutschen Mark und zu den Riesengewinnen, die diese den Unternehmern bei der Ausfuhr ermöglicht!

Das Existenzminimum im November 1921.

Von Dr. H. Kuczynski.

[Nachdruck verboten.]

Als der Dollar am 7. November die stolze Höhe von 300 Reichsmark überschritten hatte, waren die Reichsschulden auf einen Tiefstand gesunken, wie er seit Kriegsausbruch nicht mehr beobachtet worden war. Sie betragen nur noch rund eine Milliarde Dollars. Gleichzeitig war eine ungeheure Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten. Die meisten Preise waren niedriger als zur Zeit unserer Großväter. In Berlin konnte man eine gute Zigarre für 2 Goldpfennig kaufen, ein Ei für 4 Goldpfennig, ein Liter Milch für 7, ein Bierfundbrot für 10, ein Pfund Fleisch für 20, einen Zentner Britetts für 30, eine vorzügliche Flasche Wein für 40, ein Pfund Butter für 60 Goldpfennig. Kein Wunder, daß unsere Großverdiener, die bei einem Einkommen, das (in Goldmark) kaum geringer war als vor dem Kriege, sich jeden August leisten konnten und ihre Macht von Tag zu Tag wachsen sahen, schließlich das seelische Gleichgewicht verloren und — wie Kinder wohl nach Sternen haschen — ihre gierigen Hände sogar nach den Reichseisenbahnen streckten. Die große Masse der Bevölkerung aber spürte von dem Ergen der niedrigen Preise nichts. Was nützte es dem Berliner Maurer, der vor einem Menschenalter nach langen Kämpfen einen Tageslohn von 5 M. errungen und vor dem Kriege 7 bis 8 M. verdient hatte, daß die Lebensmittelpreise nur noch ein Viertel oder ein Drittel so hoch waren wie vor 8 Jahren, jetzt, wo er sich mit einem Tagelohn von 1 Goldmark begnügen muß. Und da der Arbeiter — wenn er nicht verzweifeln soll — in Papiermark rechnen muß, und da der

Unternehmer, wenn er zu zahlen hat, auch immer noch in Papiermark rechnet, werden auch wir hier, um verständlicher zu sein, wie bisher in Papiermark rechnen und von einer Verteuerung sprechen, wenn ein Preis in Papiermark gestiegen ist.

In diesem Sinne waren die Kosten des Existenzminimums im November 1921 viel höher als je zuvor. Die meisten Nahrungsmittel waren um $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$, Margarine um annähernd $\frac{2}{3}$, Schmalz um $\frac{3}{4}$ teurer als im Vormonat. Noch ungeheurerlicher erscheinen natürlich die Preissteigerungen gegenüber der Vorkriegszeit. Brot kostete 15mal soviel wie vor acht Jahren, Brifetts 19mal soviel, Milch 22mal soviel, Zucker 23mal soviel, Reis 29mal soviel, Speck 30mal soviel, Margarine 33mal soviel, Kartoffeln 45mal soviel, Schmalz 50mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von November 1913 bis November 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Fünfzehnfache. In den vier Wochen vom 31. Oktober bis zum 27. November wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Nov. 1921 Pf.	Preis Nov. 1913 Pf.
8200 Gramm Brot	8060	202
1300 " Mehl	800	55
Zusammen	3860	257

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 38,60 M. zahlen muß, konnte man vor acht Jahren für 2,57 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nur im Wochendurchschnitt etwa 6000 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwerte von 11 200 - 6000 = 5200 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei, soweit als tunlich, auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 32 M., für eine Frau auf 67 M., für einen Mann auf 91 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im November 1913 für ein Kind 1,44 M., für eine Frau 2,91 M., für einen Mann 3,81 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,30 M., Mann 3,50 M.)

	Preis Nov. 1921 Pf.	Preis Nov. 1913 Pf.
Rationierte Nahrungsmittel	965	64
250 Gramm Haferflocken	260	13
2500 " Kartoffeln	565	13
125 " Margarine	665	20
250 " Zucker	260	11
1 Liter Milch	500	23
Zus. für ein 6-10jähr. Kind	3215	144
250 Gramm Brot	160	6
125 " Grieß	130	6
250 " Sveißebohnen	245	10
1750 " Kartoffeln	395	9
1500 " Gemüse	345	15
250 " Büchsenfleisch	755	56
125 " Speck	750	25
125 " Margarine	665	20
Zus. für eine Frau	6660	291
500 Gramm Reis	640	22
250 " Erbsen	260	10
125 " Speck	750	25
250 " Kalzheringe	150	13
125 " Margarine	665	20
Zus. für einen Mann	9125	381

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Brifetts, und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 21,55 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 9,60 M. (0,75 M.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 55 M. (2,50 M.), Frau 37 M. (1,65 M.), Kind 18 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Manu M.	Ehepaar M.	Ehepaar mit 2 Kindern M.
Ernährung	91	158	222
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	31	31	31
Bekleidung	55	92	128
Sonstiges	57	87	118
November 1921	244	378	509
Oktober 1921	187	286	386
September 1921	171	260	349
August 1921	165	251	339
Juli 1921	158	237	324
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im November 1921 für einen alleinstehenden Mann 41 M., für ein kinderloses Ehepaar 63 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 85 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 12 700 M., für das kinderlose Ehepaar 19 700 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 26 500 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum November 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 244 M., d. h. auf das 14,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 378 M., d. h. auf das 17,0fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 509 M., d. h. auf das 17,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 6 Pf. wert.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Verluste in der Börsenspekulation. — Bankrott infolge Devisenspekulation. — Das Drängen zum Weltmarktpreis. — Das Währungsproblem in Rußland. — Lebensmittelzölle in Rußland.

Die Spieler an der Börse wurden in den letzten Tagen etwas unsanft aus ihrer hoffnungsfrohen Stimmung aufgestört, nachdem plötzlich der Kurs der Mark sich erheblich besserte und trotz aller krampfhaften Versuche gewisser Interessentkreise ein Umschwung nicht herbeizuführen war. Wie ein Wetterzeichen am heiteren Himmel erschien auch der Zusammenbruch der Pfälzischen Bank, der sehr leicht zu einer schweren Katastrophe führen konnte. Der geheimnisvolle Schleier, der sich über die eigentliche Ursache des Zusammenbruches ausbreitete, ist nicht gelüftet, da wohl sehr einflußreiche Finanzinstitute und Finanziers ein Interesse daran hatten, das Getriebe des Unternehmens nicht bloßzulegen. Soviel ist festgestellt, daß diese Bank, die 50 Depositenkassen unterhielt, von ihrer Münchener Filiale ins Verderben gestürzt ist dadurch, daß von dieser Stelle aus rund 340 Millionen Mark in Devisenspekulation verloren gegangen sind. Die Folge war, daß nicht nur das Aktienkapital und die angesammelten Reserven der Bank vollständig in Verlust gerieten, sondern auch die Guthaben in Gefahr kamen, die vertrauensvoll der Kundenkreis in die Hände der Bank gegeben hatte. Ueberraschend schnell hat die Hilfsaktion für das zu Bruch gegangene Unternehmen eingesetzt, indem die Deutsche Bank und die Rheinische Kreditbank hilfsbereit das Unternehmen soweit stützten, daß dem Kundenkreis der Bank kein Nachteil erwächst. Zugleich wurde die Bank mit ihren Depositenkassen zwischen den beiden hilfsbereiten Freunden so aufgeteilt, daß die links vom Rheine gelegene Depositenkassen der Rheinischen Bank und die übrigen der Deutschen Bank zufallen.

Was uns interessiert an diesem Vorgang, ist das enorm hohe Engagement im Devisengeschäft; denn aus diesen Devisengeschäften stammen die Verluste her. Die Bank hat in Differenzgeschäften oder im starken Ankauf von Schweizer Franken und Devisen sich so stark engagiert, daß mit dem Steigen der Mark diese für Spekulationszwecke aufgestapelten Werte zu dem angegebenen Verlust führten. Mittlerweile ist durch den Zusammenbruch des Bankvereins in Düsseldorf, der mit 120 Millionen Mark in der Devisenspekulation hängen bleibt, ein weiteres Opfer der wüsten Börsenspekulation bekannt geworden. Bei der kritischen Betrachtung über die Ursachen des Niederganges des Marktkurses ist mit sehr viel Eifer von der bürgerlichen Handelspresse immer wieder hervorgehoben, es sei nicht die Spekulation, die den Markkurs schwäche, sondern die in unserer Finanzlage in Verbindung mit den Reparationsverpflichtungen erkennbaren Ursachen trügen die Schuld am schlechten Stand der Mark. Unstreitig, und das ist auch von uns wiederholt betont worden, sind die zuletzt angegebenen Ursachen der eigentliche Anlaß des Marksturzes, aber das wüste Treiben der Börsenspiele übt noch einen reichlichen Druck auf die Abwärtsbewegung aus. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist der

Vorgang beim Zusammenbruch der Pfälzischen Bank sehr bedeutend. Er zeigt uns die Höhe des Spielengagements, aus dem zu entnehmen ist, daß es sich um Umsätze von ungefähr 1½ Milliarden Mark handelte, an denen die Verluste von 340 Millionen hängen. Man darf nun annehmen, daß nicht München eine Ausnahme macht, sondern auch an anderen Bankplätzen in ähnlich umfangreicher Weise auf dem Devisenmarkt spekulativ An- und Verkäufe unternommen wurden. Daraus darf weiter gefolgert werden, daß tatsächlich die Spekulation auf die Kursgestaltung einen erheblichen Einfluß ausübt. Wie übrigens berichtet wird, soll das gesamte Engagement, an dem die Bank zugrunde gegangen ist, in den Händen von noch nicht 10 Auftraggebern sich konzentrieren. Diese Zehn haben wahrscheinlich allen Grund, in der Öffentlichkeit nicht bekannt zu werden. Immerhin sollte die bayerische Regierung, die mit Recht seinerzeit so lebhaft für die Bekämpfung des Wuchers eingetreten ist, sich einmal von dieser Seite den Zusammenbruch der Pfälzischen Bank ansehen und die Feststellung veranlassen, wer denn eigentlich die zehn ehrenwerten Mitbürger sind, die in Devisenspekulation die großen Engagements eingegangen sind. Die Reichsregierung wird im Hinblick auf diese Vorgänge, die Anregungen des Reichswirtschaftsministeriums, unmittelbar die Spielergewinne an der Börse zu erfassen, nicht unbeachtet lassen können.

Mit der Besserung des Marktkurses ist am Effektenmarkt der Börse ein ähnlicher rapider Rückschlag eingetreten, wie auf dem Devisenmarkt. Es ist anzunehmen, daß auch hier sehr erhebliche Verluste eingetreten sind und ein wenig Ernüchterung in vom Börsentaumel erfaßten Kreise hineingetragen wird.

In der Reparationsfrage sind einige recht bedenkliche Vorschläge durch den englischen Finanzminister Robert Horne geltend gemacht. Uns interessiert volkswirtschaftlich vor allem die Anforderung, daß jede Zuwendung zur Verbilligung der Lebensmittel aufhören muß, die Kohle im Preise heraufgesetzt und Eisenbahn- und Posttarife erhöht werden müssen, um den Ausgleich im deutschen Etat herbeizuführen. Dabei ist man von dem für England leitenden Gesichtspunkte ausgegangen, daß die deutsche Industrie die relativ günstige Produktionsbedingung für den Weltmarkt nicht mehr innehalten darf. Der englische Vorschlag rüttelt hier an einer Grundfeste unserer Wirtschaft, die zu erhalten wir vom Standpunkte der erwerbstätigen Bevölkerung alles Interesse haben. Die Durchführung der hier gestellten Anforderung würde uns abermals in eine Preisentwicklung nach aufwärts bringen, die nicht ausgeglichen werden kann durch den besseren Stand der Mark, den wir erzielen können, wenn unser Budget in Ausgleich gebracht wird. Die englische Absicht ist klar. Man will auf diese Art die deutsche Konkurrenz zurückhalten. Die englischen Wirtschaftspolitiker irren sich aber, wenn sie meinen, daß ihnen Vorteile zufließen, sobald in Deutschland künstlich Preiserhöhungen durchgeführt werden. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die Entwertung der Mark im Inland nicht auf dasselbe Niveau gedrückt wird wie im Ausland. Unser Getreidepreis kann sehr wohl durch Preisregulierung und Aufrechterhaltung eines Teiles der Zwangswirtschaft in mäßigen Grenzen gehalten werden, um den Auftrieb bis zum Weltmarktpreis zu verhindern. Der Mehrpreis würde volkswirtschaftlich keinen Nutzen für uns haben, sondern nur neue Gewinne in die Taschen derjenigen fließen lassen, die heute schon aus der Konjunktur ihren Nutzen ziehen.

Anderes ist allerdings die Frage, ob bei einer geschickten Preisregulierung noch die Zuwendung von Staatsmitteln zur Preisermäßigung notwendig ist, vor allem muß jeder weitere Versuch, Staatsmittel für den Anlauf von Futtermitteln anzuwenden, aufhören. Die Kohlenpreise an die Höhe der Weltmarktpreise zu bringen, würde gegenüber dem gegenwärtigen Stand des Weltmarktpreises eine nahezu vierfache Erhöhung erfordern. Das ist für uns nicht erträglich. Dagegen wird man weniger einwenden können gegen eine Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife in dem Umfang, daß Staatszuschüsse zu diesen Unternehmungen aufhören. Aber es muß betont werden, unsere Aufgabe kann es nicht sein, die Preise für die notwendigen Bedarfsartikel soweit heraufzutreiben, daß die deutsche Mark im gleichen Verhältnis steht zu ihrer Zahlungsmittel im Ausland. Das gerade gab unserer Wirtschaft verhältnismäßig die Möglichkeit, daß wir diesen Ausgleich zurückgehalten haben und damit das Einkommen unserer Industrie erleichterten und uns jene dringenden und fabelhaften Preise zu verzeihen haben, wie sie in Rußland und auch Oesterreich uns zulaufen.

Einen sehr interessanten Versuch, aus der enormen Entwertung ihrer Zahlungsmittel herauszukommen, unternimmt gegenwärtig die russische Regierung. Sie will den großen Umlauf ihrer Zahlungsmittel einschränken durch neue Geldwertzeichen, die gegen die umlaufenden Papierrubel einzutauschen sind. Es werden ausgegeben Papiernoten im Werte von 50 Kopelen und

1, 3, 5, 10, 25, 50, 100, 200, 250, 500 und 1000 Rubel. Gegen 10 000 Rubel der gegenwärtig umlaufenden Art Papiergeld wird von der Staatskasse ein Rubel in dem neuen Werte ausgetauscht. Man will also auf diese Art dazu kommen, das neue Geldzeichen einzuführen und die hohe Wertsumme um das 10 000fache mindern. Die praktische Anwendung wird die sein, daß ein Pfund Brot, das gegenwärtig 8000 Rubel kostet, in Zukunft wieder mit 80 Kopelen bezahlt wird. Welche Wirkungen im einzelnen diese Maßnahme haben wird, ist schwer zu sagen. Denn die Verhältnisse in Rußland liegen anders als bei uns. Auch bei uns sind ähnliche Projekte aufgetaucht, die aber bisher nicht ernst genommen wurden. Mit einem solchen neuen Zahlungsmittel würde sich sehr bald der Umlauf der bisherigen Noten verflüchten und sämtliche Vermögensbestände in bar und auch in Wertpapieren würden mit dem Betrage vermindert werden, um den das neue Zahlungsmittel die Papierwerte aufgenommen hat. Vorteile würden in Deutschland nur alle diejenigen Leute haben, die ihren Besitz nicht in Wärmitteln flüssig haben, sondern in Grundstücken und anderen Sachwerten. So würde z. B. der Besitzer der Kriegsanleihe oder anderer festverzinslicher Papiere, wenn nach der Kaufkraft der Mark die Umlaufung sich vollziehen würde, d. h. der Umschwung sich von 1 : 30 gestalten würde, nur noch ungefähr 3,33 Proz. seines Besitzes retten, wobei ihm allerdings zum Trost gesagt werden könnte, daß dementsprechend auch die Preise für alle Bedarfsartikel heruntergehen werden. Der Trost wird ihm wahrscheinlich nicht genügen, und hinzukommt, daß es ganz unsicher ist, wie dies neue Zahlungsmittel auf dem internationalen Geldmarkt gewertet wird. Läßt sich auch da abermals eine Entwertung ein, so sind alle die Schlussfolgerungen, die bei der Herabsetzung der Preise durch die höhere Kaufkraft der Mark in Aussicht gestellt wurden, verschwunden. Immerhin ist es auffallend, zu welchen verzweifelten Mitteln die russische Regierung greift, um aus ihrem Finanzdilemma, das noch viel übler ist als das deutsche, herauszukommen.

Welche Wege die russische Politik sonst noch wandelt, dafür gilt folgendes:

Der russische Zolltarif sieht für eine Reihe sehr wichtiger Lebensmittel, allerdings mit Ausnahme von Brotgetreide, Zölle vor, die in Goldrubel gezahlt werden müssen. So wird für Mehl 1,50 Rubel für das Pud verlangt (1 Pud sind 16,35 Kilogramm). Für Margarine 10 Rubel, für Tee 100 Rubel, für Milch 11 Rubel, Hülsenfrüchte 2 Rubel, Kakao und Schokolade 50 Rubel. Die Zölle in Goldrubel erhoben, bedeuten das 10 000fache in Papierrubel, also einen Zoll auf die Einfuhr für wichtige Lebensmittel, die z. B. Einfuhr unterbinden muß. Kommunistischen Forderungen gegenüber kann nicht oft genug diese Finanzpolitik in Rußland vorgehalten werden, wenn von jener Seite der Versuch unternommen wird, Vorwürfe gegen die Sozialdemokratische Partei zu erheben, daß sie in der Steuer- und Zollpolitik dringenden Anforderungen zustimmen muß, Anforderungen, die entfernt nicht so weit gehen, wie die russische kommunistische Regierung sie betreibt, ohne in einer bürgerlichen Koalitionsregierung ihr Programm durchführen zu müssen.

Aus unserem Beruf.

Die Lohnverhandlungen gescheitert.

Nachdem das bis zum 31. Dezember geltende Lohnabkommen von unserer Seite gekündigt, wurden der Arbeitgeber-Organisation die nachfolgenden Lohnforderungen zugestellt:

Forderungen des Verbandes der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen.

1. Nachträgliche Erhöhung der 5 Proz. Zuschlag für November auf 22 Proz., bezw. Nachzahlung der Differenz von 17 Proz.;
2. desgleichen Erhöhung der 10 Proz. Zuschlag für Dezember auf 40 Proz., bezw. Nachzahlung der Differenz von 30 Prozent;
2. ab 1. Januar 1922 ist der jetzt bestehende Zuschlag auf die Effektivverdienste von 10 Proz. auf 70 Proz. zu erhöhen;
3. für Nachtarbeit ein Zuschlag von 25 Proz. auf die Effektivverdienste;
4. als besondere Grenzzulage mit Wirkung ab 15. November für die deutsch-tschechoslowakischen Grenzorte (Selb, Selb-Blößberg, Schönwald, Schirnding, Waldbassen, Witterteich, Marktredwitz, Hohenberg, Brambach, Mühlhausen, Delsnitz) ein Zuschlag von 25 Proz. auf die Effektivverdienste.

Am 17. Dezember cr. begannen in Dresden die Verhandlungen. Um es vorweg zu sagen, eine Verständigung konnte auch diesesmal wieder nicht erzielt werden. Nach längerem Verhandeln erklärte die Arbeitgeberseite als ihr letztes Zugeständnis, was folgt:

1. Es soll den Arbeitern und Arbeiterinnen, die vor dem 1. Oktober 1921 in einen Betrieb eingetreten sind, ein voller Wochenlohn (errechnet nach der ersten Lohnabrechnung im

Dezember) als Weihnachtsgeld ausgezahlt werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die nach dem 1. Oktober, aber noch vor dem 1. Dezember eingetreten sind, sollen einen halben, und die, die nach dem 1. Dezember eingetreten sind, ein Drittel Wochenlohn erhalten.

2. Ab 1. Januar 1922 soll den auf Grund der Oktoberlohnsätze erzielten Verdienste ein Zuschlag von 35 Proz. (unter Wegfall der im Dezember verrechneten 10 Proz.) zugerechnet werden.

3. Eine Grenzzulage wird abgelehnt. Gegen eine nochmalige Behandlung des Antrages auf Versekung von Selb- und Selb-Blößberg sollen Einwendungen nicht erhoben werden.

Das angebotene Weihnachtsgeld als Ersatz für die von uns geforderte Nachzahlung für November und Dezember ist vollkommen ungenugend. Im November betrug die Verteuerung gegenüber dem Oktober 22 Proz., während unsere Löhne gegenüber dem Oktober nur um 5 Proz. gesteigert wurden. Im Dezember betrug die Lohnerhöhung 10 Proz. über die Oktoberlöhne, während die Verteuerung gegenüber dem Oktober auf mindestens 35 Proz. zu berechnen ist.

Das neue Lohnabkommen sollte aber für die Zeit vom 1. Januar ab Geltung erlangen. Auf die im Januar voraussichtlich weiter steigende Teuerung ist jedoch gar keine Rücksicht genommen worden.

Auch mit der in den an der tschechoslowakischen Grenze liegenden Orten weiteren Ueberteuerung, die entstanden ist als Folge des gestiegenen Wertes der Krone gegenüber der Mark und den dadurch herbeigeführten lebhaften Ausverkauf über die Grenze, der die Preise in diesen Orten kolossal gesteigert hat, rechnen die Unternehmer nicht, sondern überlassen es rücksichtslos den Arbeitern allein, sich damit abzufinden. Und das trotzdem, daß das Oberschiedsamt speziell im Falle Selb den Unternehmern daselbst nahegelegt hatte, eine Grenzzulage zu gewähren.

Unsere Vertreter sahen sich daher genötigt, das Gesamtangebot der Arbeitgeber abzulehnen, und zwar um so entschiedener, als der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Auffassungen geltend machte, die eine Lohnvereinbarung überhaupt unmöglich machen. Er erklärte, daß es unzulässig sei, für die zurückliegende Zeit Nachtragsforderungen zu stellen, weil das dem Tarifgedanken widerspreche, und für die kommende Zeit mit einer Steigerung der Teuerung und entsprechender Lohnbemessung zu rechnen, sei nicht möglich, weil die Tatsache und die Höhe einer weiteren Verteuerung vorher nicht bewiesen werden könne. Solche Auffassung steht dem Gedanken der Bedarfsdeckung der Arbeiterschaft durch entsprechende Löhne diametral entgegen und macht eine tarifliche Bindung unmöglich.

Nachdem unsererseits die Ablehnung des Unternehmerangebotes ausgesprochen war, zogen die Arbeitgeber ihr Angebot noch ausdrücklich zurück und erklärten die Verhandlungen als gescheitert und beendet.

Sofern die Vertreter der Arbeitgeber die bestimmte Absicht gehabt hätten, eine Klippe zu schaffen, an der jede Verständigung bestimmt scheitern mußte, hätten sie etwas anderes nicht tun können, als den von ihnen vertretenen Standpunkt über das Wesen des Tarifvertrages in der Form zum Ausdruck zu bringen, als das in Dresden geschehen. Solche Interpretation des Tarifgedankens mag einem Formaljuristen alle Ehre machen; mit der rauhen Wirklichkeit unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist er nicht in Einklang zu bringen. Dann ist eine Bindung auch nur auf 14 Tage eine Unmöglichkeit.

Ihren Abnehmern gegenüber nehmen die Unternehmer einen anderen Standpunkt ein. Dem Abnehmer gegenüber gilt nicht der Preis der Ware, den diese am Tage der Bestellung hat, sondern durch die Klausel: „Freibleibend Lieferung“, wird der Abnehmer genötigt, den Preis für die Ware zu zahlen, der am Tage der Lieferung gilt. Für sich nehmen die Unternehmer in weitgehendstem Maße jeden Schutz in Anspruch, den sie glauben auf Grund der sich fast täglich ändernden Verhältnisse sichern zu müssen. Der Arbeiterschaft gegenüber läßt man diesen Schutz nicht gelten. Vom Arbeiter verlangt man, seine Arbeitskraft zu dem Preise zu verkaufen, den sie am Tage des Abschlusses des Lohnvertrages aufweist — und auch das noch nicht einmal — ganz gleich, welche Verhältnisse während der Vertragsdauer sich entwickeln. Das ist der nackte, herrische Machtstandpunkt, der jeder Rechtsgrundlage entbehrt. An dieser Tatsache vermögen alle juristischen Lüftelien nichts zu ändern.

An der Tatsache, daß vom 1. Januar 1922 ab eine tariflose Zeit beginnt, ist nichts mehr zu ändern, damit müssen sich die Mitglieder abfinden. Es muß den Mitgliedern überlassen bleiben, in den einzelnen Betrieben ihre event. Lohnforderungen einzureichen. Zur Einreichung der Forderungen bedürfen die Mitglieder einer besondern Genehmigung des Vorstandes

nicht. Im übrigen gilt der § 22 unseres Verbandsstatuts, auf den wir unsere Verwaltungen hiermit besonders aufmerksam machen.

Ferner sei darauf aufmerksam gemacht, daß es im Interesse der Bewegung liegt, auch die Redaktion der „Ameise“ schnell und genau zu informieren über alle Vorkommnisse, über eingereichte Forderungen, deren Wortlaut die weitere Behandlung der Forderungen durch die Betriebsleitungen usw. Die Zahlstellenverwaltungen werden gut tun, einen Kollegen besonders zu bestimmen — sofern der Schriftführer keine Zeit hat — der die Berichte an die „Ameise“ absendet.

Selb. Wie die „Oberfr. Volksztg.“ berichtete, versuchen die „Christlichen“ auch in Selb ihre Zersplitterungstätigkeit. Dort scheinen sie aber an die falsche Adresse geraten zu sein; denn es wurde den Herrschaften gründlich heimgeleuchtet. Daß es einige Drüdeberger gibt, die in unserem Verband Zuflucht bei den Christen suchten, will nicht viel besagen; außerdem wird ja auch mit diesen noch ein Wort gesprochen werden. Unsere Kollegen allerorts mögen auf dem Posten sein, um der Maulwurfsarbeit der Christen innerhalb unseres Verbandes ein Ende zu machen.

An der allgemeinen Mitgliederabstimmung, betreffend Beitragserhöhung, beteiligten sich 25 955 Mitglieder. Nach der Zählung von Ende November wurde ein Mitgliederbestand von 62 700 ermittelt. Demnach hat sich 41,5 Proz. der Gesamtmitgliedschaft an der Abstimmung beteiligt. Für die Erhöhung der Beiträge stimmten 19 577, dagegen 5 732, der Stimme enthalten 4 35, zersplittert waren 211.

Die Beteiligung an der Abstimmung kann als eine lebhafte nicht bezeichnet werden.

Berlin-Charlottenburg. Die in der letzten Zeit von uns gestellten Lohnforderungen haben zu nachstehendem Ergebnis geführt. Für die Galanteriemaler wurde in freier Vereinbarung mit den einzelnen Unternehmern nachstehende Lohnvereinbarung getroffen:

Einstellungslohn für Maler pro Stunde . . .	10,50 Mk.
Für eingearbeitete Kräfte pro Stunde . . .	13,— „ u. darüber.
Einstellungslohn f. Malerinnen pro Stunde . . .	6,50 „
Für eingearbeitete Kräfte pro Stunde . . .	9,— „ u. darüber.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 Stunden. Ueberstunden werden mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Diese Vereinbarungen traten am 28. November 1921 in Kraft. In den Emailierwerken stellten wir in Gemeinschaft mit den Metallarbeitern eine außertarifliche Lohnforderung. Da das Angebot der Unternehmer, die in dem Verband Berliner Emailierwerke organisiert sind, ein zu geringes war, konnten wir bei den Verhandlungen zu keinem befriedigenden Resultat gelangen, und riefen deshalb den Schlichtungsausschuß an. Vor dem Schlichtungsausschuß wurde dann folgender Vergleich abgeschlossen:

Vom 1. Dezember 1921 ab wird den männlichen Arbeitern über 18 Jahre eine Teuerungszulage von 1,90 Mk. die Stunde, den weiblichen Arbeitern über 18 Jahre 1,50 Mk. die Stunde, für Jugendliche unter 18 Jahren 1,20 Mk. pro Stunde gezahlt. Außerdem wird die Familienzulage von 12 Mk. auf 30 Mk. für die Frau und jedes Kind erhöht.

Außer der Familienzulage besteht also nunmehr ein Stundenlohn für die

Maler, Lithographen, Schablonierer u. Drucker von . . .	10,10 Mk.
Für Schabloniererinnen bei dreimonatl. Lehrzeit . . .	6,35 „
Für Füllerinnen bei dreimonatl. Lehrzeit	6,20 „
Für Stemplerinnen und Artrollerinnen	6,05 „

Der Tarifvertrag läuft mit 14 tägiger Kündigungsfrist bis zum 31. Dezember 1921.

U. Schulse.

Gewerkschaftliches.

Ein Denkmal für Karl Legien.

Auf dem Grabe des zu Weihnachten v. J. verstorbenen Genossen Karl Legien ist ein Denkmal errichtet worden. Dasselbe ist in den jüngsten Tagen mit einer kleinen Feierlichkeit enthüllt worden. Ein einfacher, schmutzloser Stein, der nur das eine Wort „Legien“ enthält. Der 2. Vorsitzende des ADGB, Genosse Graßmann, hielt bei der Enthüllungsfest eine Gedankrede, in der des Wirkens Legiens für die Arbeiterschaft gedacht wurde.

Versammlungsberichte.

Brattendorf. Unsere Versammlung vom 12. Dezember, zu der auch Gauleiter Apel erschienen war, befaßte sich mit dem letzten Lohnabkommen. Der größte Teil unserer Kollegen ist mit diesem Abschluß unzufrieden. Die Ausführungen Apels überzeugten aber die Kollegen, daß unsere Vertreter keine Schuld treffe, wenn ein anderer Abschluß nicht erzielt wurde. Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung, sowie der Erhöhung von Extrabeiträgen im 4. Quartal 1921 wurde uns durch Kollegen Apel ebenfalls nachgewiesen. — Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen wurden Forderungen aufgestellt: Für Akkordarbeiter 50 Proz., für sonstige Arbeiter 60 Proz., außerdem für Facharbeiter im Stundenlohn einen Zuschlag von 25 Proz. Lohnerhöhung zu verlangen. Außerdem soll eine Wirtschaftsbeihilfe gefordert werden. Für die Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren soll tariflich ebenfalls gesorgt werden. Wir erwarten, daß die nächsten Lohnverhandlungen uns den Ausgleich für die horrenden Teuerung bringen werden.

Gera, S.-G. Am Donnerstag, den 1. Dezember, fand eine sehr starkbesuchte Versammlung der am hiesigen Orte beschäftigten Porzellanarbeiter statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erläuterte der Kollege Kaufmann Bericht über die Verhandlungen des Thüringer Gauischiedsgerichts am 14. November in Erfurt, sowie über die Verhandlungen des Oberschiedsamtes am 29. November in Berlin. In der darauffolgenden Diskussion wird der vom Berliner Oberschiedsamt gefällte Schiedspruch, betreffs Ortsklassenversetzung, einer scharfen Kritik unterzogen. Die hiesigen Kollegen sind sich vollständig darüber klar, daß eine Besserstellung ihrer Lage durch das Oberschiedsamt nicht erreicht werden kann. Nur durch schärfsten Kampf dem Unternehmertum gegenüber kann der Arbeiter das erringen, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können. Mit welchen Mitteln die Unternehmer vor dem Oberschiedsamt operierten, bewies der Ausspruch eines benachbarten Unternehmers, der erklärte: „Wir in M. besitzen eine ausgezeichnete Landwirtschaft.“ Es gehört wohl ein besonderer Mut dazu, derartige Behauptungen aufzustellen, wenn man bedenkt, daß unsere Waldbörfer sich in mindestens 500 Meter Höhe befinden. Dessen Meinung hat sich die gesamte Arbeitgeberschaft zu eigen gemacht. Die Versammlung ist der Auffassung, daß es selbst unseren Vorstandsmitgliedern in Berlin nicht so ernst war mit unserer Klassenversetzung, denn sonst hätten sie nicht nur einen Kollegen von jedem Ort nach Berlin befohlen, sondern jeden Betriebsobmann, wie in Erfurt beschlossen, zumal die Unternehmer auch alle anwesend waren. Unter Punkt 2 wurde die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Beitragserhöhung einstimmig angenommen. In Punkt 3 wurden verschiedene Betriebsangelegenheiten erledigt und folgender Antrag angenommen: „Die Mitglieder des Hauptvorstandes werden ersucht, mehr als bisher aus ihrem Berliner Wirkungsbereich herauszugehen, um auch in anderen Teilen des Reiches in Versammlungen die Meinung der Mitglieder einmal zu hören.“ — Wir empfehlen, speziell die teureren Thüringer Verhältnisse einmal gründlich zu studieren, damit wir bei späteren Tarifverhandlungen den wirklichen Verhältnissen entsprechend berücksichtigt werden. Des weiteren erwarten die hiesigen Mitglieder von unserer Verbandsleitung, daß sofort Verhandlungen mit den Arbeitgebern eingeleitet werden, betreffs rechtzeitiger Auszahlung einer den Feuerungsverhältnissen entsprechenden Wirtschaftsbeihilfe.

Gräfenhal. Unsere letzte Zahlstellenversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Unter „Geschäftlichem“ teilte Genosse Erdmann das Ergebnis der Mitgliederabstimmung über die Beitragserhöhung mit. Für die Beitragserhöhung stimmten 728, dagegen 40 Mitglieder. Die Orte Reichmannsdorf, Biesau und Spechtbrunn stimmten einstimmig für die Beitragserhöhung. Genosse Erdmann bemängelt den mäßigen Versammlungsbesuch in einer Anzahl von Orten, was auf die herrschende grimmige Kälte mit zurückzuführen sein dürfte, da sonst die Versammlungen immer besser besucht gewesen sind. Den Bericht von der Oberschiedsamtsitzung, in welcher Gräfenhal mit Meernach von 2b nach 2a versetzt wurde, erstattet Genosse Ellmer. In längerer Ausführung ging der Geschäftsführer über den Werdegang der Klassenversetzung ein, was beifällig Aufnahme findet. Die Genossen Ellmer, Honthaler und Päßner schildern noch die bei den letzten Verhandlungen in dieser Frage zu überwindenden Schwierigkeiten, wo allen Vertretern für ihre wackere Vertretung seitens der Versammlung Anerkennung gezollt wird. Den Tätigkeitsbericht der letzten zwei Monate erstattet Genosse Erdmann. Bei dieser Gelegenheit weist Genosse Honthaler die in letzter Zeit seitens der Gegner der Arbeiterbewegung geübten Angriffe auf den Genossen Erdmann zurück. Gerade das Wutgeschrei der Gegner müsse auch den letzten Arbeiter dazu bewegen, zu erkennen, daß der eingeschlagene Weg des Geschäftsführers der richtige ist; die Versammelten stimmen den Ausführungen begeistert zu. Das Resultat der Verwaltungswahl erstattet Genosse Erdmann. Hierauf findet die Wahl auch für den Ort Gräfenhal statt. Als Vorsitzender wird wieder einstimmig unser bewährter Genosse Ellmer gewählt, desgleichen als Schriftführer Genosse Karl v. Rhein. Als Revisoren werden die Genossen Feuerpeil und Schlegel wieder und Genosse Stubenrauch neugewählt. Nach Vornahme der Wahl der Kartelldelegierten fand die Versammlung ihr Ende.

Magdeburg. Die Generalversammlung vom 15. Dezember war mittelmäßig besucht. Die Anwesenden ehren den verstorbenen Kollegen Paul Stang in der üblichen Weise. Unter „Mitteilungen“ gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Betriebsräte bei den hiesigen Firmen den Antrag gestellt haben um Zahlung einer einmaligen Feuerungszulage zu Weihnachten. Des weiteren teilt er noch mit, daß die Kollegen Friedrich Schulze und Wilhelm Krüger als Delegierte zum Wohlfahrtsausschuß seitens der Verwaltung bestimmt sind. Die Mitgliederabstimmung zur Beitragserhöhung ergibt folgendes Resultat: Von 606 Mitgliedern gaben 473 ihre Stimme ab; es stimmten 371 mit Ja, 97 mit Nein; 5 Stimmen waren ungültig. Aus dem Jahresbericht, welchen der Kassierer gibt, ist zu entnehmen, daß sich die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung auf 17 265,73 Mk. belaufen. Im Berichtsjahr fanden 13 Versammlungen und 23 Verwaltungssitzungen statt. Der Mitgliederbestand war am Schluß 66 Mitglieder. Postfachen gingen aus: 315 Briefe und Postkarten; 570 Druckfachen; 40 Geldsendungen und 3 Telegramme. Am Streik bei der Firma Carstens waren 348 Personen beteiligt; die Ausgaben hierzu betrugen insgesamt 56 112,50 Mk., einschließlich der lokalen Unterstützung. In freierwilliger Unterstützung gingen folgende Beiträge ein: Von den Kollegen der Firma Utrecht-Magdeburg 251,—; von Kollegen der Firma Carstens, Altes Werk, Neuhaldensleben, 248,—; von den Kollegen der Firma Carstens, Wkt. Hubbe, Neuhaldensleben, 201,—; von Kollegen der Firma H. Wittenberg 180,—; Markt. Summa 1030,—.

Wir sprechen den Kollegen auf diesem Wege unseren Dank aus. Die Verwaltungswahl ergab die Wiederwahl der engeren Verwaltung sowie die Revisoren. Auch die Beisitzer wurden, abgesehen von einigen Beziehungen, wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ berichtet der Krankenkassenvertreter, Kollege Bachsteht, über einige Änderungen ab 1. Januar. Danach ist die Summe auf 200 Mk. für Bruchbänder, Brillen usw. erhöht. In der höchsten Klasse beträgt die Unterstützung pro Woche 124 Mk. Das Sterbegeld ist in der obigen Klasse auf 1200 Mk. erhöht. Nachdem noch einige Unter-

stützungssachen für ausgesteuerte Mitglieder geregelt waren, wurde die Versammlung um 8 Uhr geschlossen.

Ohrdruf. Am 4. Dezember fand in Ohrdruf eine Betriebsrätekonferenz der vereinigten Zahlstellen für Ohrdruf und Umgebung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde Stellung zu der bevorstehenden Wahl der Zahlstellenverwaltung genommen. Zum 2. Punkt kam das Lohnabkommen und der Manteltarif in allen seinen Teilen und Paragraphen zur Erläuterung. Bei einer Umfrage, ob der Tarif auch in allen Betrieben der Zahlstelle erfüllt wird, stellte sich heraus, daß die Firmen von Ohrdruf, Gräfenhal, Nauendorf und Stübhaus nur die Dientleiter als verantwortliche Brenner und Facharbeiter anerkennen. Alle anderen Brenner werden als sonstige Arbeiter entlohnt. Es wurde beschlossen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Uebelstande abzuhelfen. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde das Resultat der Mitgliederabstimmung über Beitragserhöhung und Unterstützungsabänderung von Kollegen Suharez bekanntgegeben. Es beteiligten sich an der Abstimmung 374 Kollegen. Mit „Ja“ stimmten 349, mit „Nein“ 19 Kollegen. Ungültig war eine Stimme, 5 Kollegen enthielten sich der Stimme. Besonders wurde noch darauf hingewiesen, daß bei der ab 1. Januar erhöhten Beitragzahlung strengstens darauf gesehen wird, daß jedes Mitglied seinem Verdienst gemäß auch seine statutarischen Beiträge zahlt. Des weiteren wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe dem Hauptvorstand zu übermitteln und in der „Ameise“ zu veröffentlichen: „Die am 4. Dezember d. J. stattgefundene Sitzung der Betriebsräte der Porzellanindustrie von Ohrdruf und Umgebung nahm Stellung zu den vom ADGB aufgestellten 10 Forderungen, und nahm einstimmig folgende Entschliebung an: Die Betriebsräte setzen sich einstimmig hinter die von der Leitung des ADGB aufgestellten zehn Forderungen und ersucht den Hauptvorstand, mit allem Nachdruck für die Durchführung dieser Forderungen einzutreten. Ferner fordert die Betriebsräte den Hauptvorstand auf, im ADGB mit allem Nachdruck für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen einzutreten.“

Knobach. Unsere am 4. Dezember abgehaltene Zahlstellenversammlung war nur mäßig besucht. Obwohl zu derselben Gauleiter Hoffmann erschienen war, halten es die Mitglieder nicht für nötig, vollzählig zu erscheinen. — Die Verwaltungswahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der vorjährigen Verwaltung, mit Ausnahme eines Revisors. — Die Beitragserhöhung nahm einen breiten Raum des Abends ein, was bei der Wichtigkeit dieser Frage nur zu begrüßen war. Schon längere Zeit war es den Kolleginnen und Kollegen zum Bewußtsein gekommen, daß es bei den alten Beitragssätzen nicht sein Bewenden haben dürfte. Hat uns doch der letzte Streik resp. Aussperrung recht deutlich gezeigt, daß uns eine Erhöhung der Beiträge und Unterstützungssätze schon länger not tut. Nach ausgiebiger Aussprache wurden dann auch die vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Sätze angenommen. Gleichzeitig wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, den Hauptvorstand zu ersuchen, eine weitere Beitragserhöhung in Erwägung zu ziehen, um bei den zu erwartenden Kämpfen gerüstet zu sein; denn bei der derzeitigen Geldentwertung sind die jetzigen Beiträge als zu gering zu bezeichnen. Mögen sich alle Zahlstellen unserem der Neuzeit entsprechenden Beschluß anschließen. — Zu Punkt 4: „Verschiedenes“, nahm Gauleiter Hoffmann das Wort und sprach der Zahlstelle seine Anerkennung betreffs des Streiks und des einstimmig gefaßten Beschlusses aus.

Schramberg. Die Generalversammlung vom 10. Dezember war nicht besonders gut besucht. Der Vorsitzende monierte nach Eröffnung der Versammlung diese Laune und gibt seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß Gegenströmungen in der Zahlstelle vorhanden, die an dem schlechten Versammlungsbesuch schuld sind. Ein Teil der Mitglieder lasse sich anscheinend zur Pflichtvergessenheit gegen den Verband verleiten.

Ein Bericht von der Bezirkskonferenz in Schramberg vom 19. November wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende erstattete hierauf den Jahresbericht der Verwaltung. Der Schriftführer stattete im Namen der Zahlstelle dem Vorsitzenden den Dank ab für seine hingebende Tätigkeit. Die Neuwahl der Verwaltung erbrachte die Wiederwahl der bisherigen Verwaltungsmitglieder. Nach Erledigung einiger Anfragen bemerkte der Vorsitzende im Schlußwort, daß gegen diejenigen Mitglieder, die meinen, sich dem Ganzen nicht fügen zu können oder zu wollen, Stellung genommen werden müsse. Obenan stehe das Interesse aller Mitglieder der Zahlstelle; wer das schädigt, müsse auch die Folgen übernehmen.

Schweidnitz. Die am 2. Dezember abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Schönplung, begrüßte die Anwesenden und wies auf die Wichtigkeit unserer Tagesordnung hin. Es wurde Kenntnis gegeben, daß in dem verfloffenen Jahr in 12 Zahlstellenversammlungen, 3 Betriebsversammlungen, 4 Verwaltungssitzungen die Angelegenheiten der Zahlstelle erledigt wurden. Der Kartellbericht vom 17. November enthielt die Abrechnung, welche eine Einnahme von 1778,91 Mk. bei einer Mitgliederzahl von 3179 hatte. Die Sekretariatskasse hat allein einen Bestand von 25 208 Mk. zu verzeichnen. Außerdem enthielt derselbe noch einige Anträge der Saaraer Kollegen, sowie manches über die neugegründete Mietervereinigung. Bedauerlich war, hören zu müssen, daß von anderer Seite ein Antrag in Berlin vorgebracht worden war, Schweidnitz und die umliegenden Ortschaften in die Lohnklasse 2b zurückzuführen, was aber rechtzeitig gemerkt und von den hiesigen Gewerkschaftsvertretern energisch zurückgewiesen worden war. Nachdem wurde vom Vorsitzenden über die Erhöhung der Verbandsbeiträge aufklärend gesprochen, daß eine solche unbedingt notwendig erscheint. Erfreulicherweise zeigte die Abstimmung, daß von 47 Mitgliedern — die anwesend waren — 45 mit „Ja“ und eine Stimme mit „Nein“ stimmten, eine Stimme war ungültig. Die Verwaltungswahl wurde glatt erledigt. Der Vorsitzende dankte hierauf den Anwesenden und forderte dieselben auf, als Anerkennung für die geleistete Arbeit seitens der Verwaltung sich von den Plätzen zu erheben. Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, zwecks Kündigung des Lohnabkommens den Hauptvorstand wieder zur Zeit zu veranlassen. Eine längere Diskussion veranlaßten die Kollegen im Brennhause einige Vorkommnisse.

Selb. Eine Betriebsversammlung von der Firma Gutschewer nahm zur Frage der Beitragserhöhung Stellung und fasste dazu nachstehende Entschliessung:

In zahllosen Einzelkämpfen setzen sich die Arbeiter gegen eine Herabdrückung ihrer Lebenslage zur Wehr. Zahllos sind die Kämpfe, die geführt wurden, um die Löhne den steigenden Preisen für Lebensmittel und alle Bedarfsgegenstände anzupassen. Wenn wir das Resultat dieser Kämpfe betrachten, so müssen wir gestehen, daß es für die Arbeiterschaft ein betrübendes ist. Das gilt auch in bezug auf unseren jüngst verflochtenen Streik. Es ist der Arbeiterschaft nicht gelungen, die Löhne zu steigern in dem Maße, wie es den Lebensverhältnissen entsprechend notwendig gewesen wäre. Diese Kämpfe, die unabhängig voneinander und nebeneinander in Hunderten von Orten ausgefochten wurden, endeten fast alle mit einem Mißerfolg. Die Folgen davon sind, daß die Arbeiterschaft immer mehr das Vertrauen zu den Gewerkschaften verliert. Die Massen indifferenter Arbeiter, die nach der Revolution in die Gewerkschaften gekommen sind, werden sich abmeiden, wenn sie sehen, daß die Gewerkschaften nicht imstande sind, sie vor völliger Verelendung zu schützen. Viele Arbeiter gehen dazu über, durch Ueberarbeit ihren Verdienst zu heben. In verschiedenen Berufsgruppen steht der Achtstundentag nur noch auf dem Papier. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist wiederum die Grundlage zu weiterem Vorgehen der Unternehmer, um die Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich zu unterdrücken, um die Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der Arbeiter abwälzen zu können.

Dieser verhängnisvollen Entwicklung nach Kräften Einhalt zu tun, muß eine selbstverständliche Sache jedes zielbewußten Arbeiters sein. Sie haben ein Interesse daran, die Gewerkschaften zu mächtigen, einheitlichen Organisationen auszubauen. Um die Gewerkschaften zunächst überhaupt lebensfähig zu erhalten, bedarf es auch in Anbetracht der ungeheuren Geldentwertung größerer Geldmittel. Aber zugleich muß mit der alten reformistischen Taktik aufgeräumt werden, als ob der Klassenstand der ausschlaggebende Faktor bei Führung von Kämpfen wäre. Selbst bei größter Opferwilligkeit der Mitglieder in der Leistung von Beiträgen bleibt die Tatsache bestehen, daß die größere Kasse immer die Unternehmer haben. Also fort mit der Illusion, daß unsere Kraft in der Kasse liegen soll. Die Kraft schlummert im Proletariat selbst; sie darf nur geweckt werden. Wir verlangen deshalb immer wieder von unseren Instanzen, vom ADGB, daß alle zahllosen Einzelkämpfe zusammengefaßt und gesteigert werden zu großen wuchtigen Massenkämpfen. Der geschlossenen Front des Kapitals muß die geschlossene Front des Proletariats gegenübergestellt werden. Das ist die Lösung der Stunde. Weiter verlangen wir, daß die Gewerkschaften ihre Macht — gegen die, wie Lenin sagt, keine Regierung auch nur eine Stunde regieren könnte — auch gegen die politischen Mächte anwenden, gegen die kommende Stinnesregierung, gegen die Ueberführung der staatlichen Betriebe in Privatbesitz und nicht zuletzt für die Befreiung aller politischen Gefangenen."

Anmerkung des Schriftleiters: Es ist nicht meine Absicht, das Gemisch von Widerprüchen und hohlen Redensarten kritisch zu zerplündern, weil ich mir nicht denken kann, daß mit dieser Entschliessung in den Reihen unserer Mitglieder eine Verwirrung angerichtet werden könnte. Nur auf ein Moment will ich hinweisen, das nicht unwiderprochen bleiben darf. Ich halte es für eine gefährliche Illusion, wenn man den Kollegen einreden will, daß das Geld in der Kasse so quasi gar keine Bedeutung hat, daß wir unsere Kämpfe auch ohne Geld führen können. Ich behaupte, daß es keinen Menschen in Selb gibt, der dieses Zeug glaubt. Der letzte große Kampf in Selb hat uns das strikte Gegenteil von dem erwiesen, was in dieser Entschliessung behauptet wird. Von der Kraft, die im Proletariat schlummert, die das Geld erzeugen soll im Kampfe, scheint bei diesen Kollegen in Selb noch nicht viel zu verspüren zu sein.

Sophienau. Die am 17. Dezember abgehaltene Generalversammlung der Zahlstelle war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Eingang der Versammlung wurde durch die Vorlesung der Verstorbenen Mitglieder, und die Anwesenden ehrten das Andenken durch Erheben von den Plätzen. Zu Punkt 1 gab Genosse Taube den Kartellbericht zur Kenntnis und gab unter anderem einige Aufklärungen über die „Weltliche Schule“. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Nichtberückichtigung der Zahlstelle in eine höhere Ortsklasse. Trotz mehrfacher Anträge und Einsendungen der amtlich beglaubigten Unterlagen ist die Zahlstelle in die Liste der zu versetzenden Orte nicht eingereicht worden. Aus Anlaß dessen wurde von der Versammlung folgende Resolution verfaßt und einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe an den Gauleiter wie an den Hauptvorstand abzusenden:

„Die heute, am 17. Dezember 1921, gutbesuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Sophienau erhebt flammenden Protest, daß die Zahlstelle beim Ober-Schiedsamt zwecks Versetzung in eine höhere Ortsklasse nicht zugelassen worden ist. Da der Antrag um Versetzung in Ortsklasse 1 mehrfach gestellt wurde, und wir auch behördlich beglaubigte Unterlagen über Lebensmittelpreise, Bedarfsartikel und Mieten usw. eingesandt, möchten wir dringend ersuchen, uns umgehend mitzuteilen und zu erklären, warum wir in die Liste der zu versetzenden Zahlstellen nicht eingereicht worden sind.“

Die Zahlstelle bedauert lebhaft, daß von Seiten des Hauptvorstandes und speziell vom Gauleiter Griesbach bis jetzt noch keinerlei Mitteilung über diese Angelegenheit zugesandt worden ist, und wir nicht glauben können, daß Gauleiter Griesbach der Allensschuldsige sein soll. Sollte bis 1. Januar 1922 kein genügender Bescheid eingehen, sieht sich die Zahlstelle genötigt, sämtliche Gelder zu sperren.“

Punkt 2, Neuwahl der Verwaltung. Die Verwaltungsmitglieder wurden sämtlich wiedergewählt. Zu Punkt 3, Verschiedenes, brachte Betriebsobmann Strauch einige betriebliche Angelegenheiten zur Sprache, darunter die Lehrlingslöhne, welche geregelt worden sind. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, auch im kommenden Jahre treu und fest zur Organisation zu stehen, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte und gutverlaufene Generalversammlung.

Literarisches.

Das notierende Kapitel. Von Curt Heinig. Preis 2,50 Mk. Verlag Vorwärts, Berlin.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17. Roman von Henry Lehmann. Preis gebunden 12,50 Mk. Verlag Vorwärts, Berlin.
Neue Bahnen der Kulturpolitik. Von Konrad Haenisch. 184 Seiten. 18 Mk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Zur Beachtung für die Zahlstellenkassierer!

Durch die Notiz in Nr. 49 der „Ameise“ ist den Mitgliedern und Verwaltungen bekanntgeworden, daß die nächste ordentliche Generalversammlung in der Zeit vom 9. bis 16. Juli 1922 in Dresden stattfindet.

Um eine rechtzeitige Fertigstellung des Massenberichtes zu ermöglichen, werden die Zahlstellenkassierer ersucht, den Rechnungsabluß pro 4. Quartal 1921 sofort nach Schluß des Quartals fertigzustellen und an die Hauptkasse einzusenden.

Ferner haben die Mitglieder der vom Vorstand beantragten Beitragserhöhung zugestimmt. Die erhöhten Beiträge treten ab 1. Januar 1922 in Kraft. Es müssen deshalb den Zahlstellenkassierern neue Eintritts- und Beitragsmarken zugestellt werden.

Die bisher zur Quittierung der gezahlten Beiträge und Eintrittsbeiträge verwendeten Marken werden eingezogen. Alle bis zur Fertigstellung der Abrechnung nicht verkauften Marken, das sind die in der Abrechnung als Versand angebenen Marken, sind, mit Ausnahme der Erwerblosen- und 150-Pf.-Beitragsmarken, mit der Abrechnung pro 4. Quartal an die Hauptkasse einzusenden.

Hierauf werden die Mitglieder besonders aufmerksam gemacht und dringend ersucht, die bis 31. Dezember 1921 fälligen Beiträge bis dahin zu begleichen. Mitglieder, die nach Fertigstellung der Abrechnung noch Restwochen vom 4. Quartal 1921 aufweisen, können diese nur durch Zahlung des neuen höheren Beitrages begleichen. Ein Zurückhalten von Marken für die Restwochen ist schon wegen der ordnungsmäßigen Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte unschicklich, und es muß auch ausgeschlossen bleiben, daß der Zahlstellenkassierer die Fertigstellung der Abrechnung in Rücksicht auf die säumigen Mitglieder verzögert. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder, das hier Gesagte zu beherzigen und die bis 31. Dezember 1921 fälligen Beiträge bis zu diesem Zeitpunkte auch zu entrichten.

Auch darauf mache ich aufmerksam, daß das laufende Jahr 53 Wochen aufweist, mithin müssen für das 4. Quartal 1921 14 Wochenbeiträge entrichtet werden. Die Beitragsmarke für die 14. Woche wird in das 53. Wochenfeld der Mitgliedskarte bzw. des Mitgliedsbuches eingeklebt.

Gleichzeitig mit der Abrechnung pro 4. Quartal ist auch die Berufsstatistik einzusenden. Die entsprechenden Formulare werden den Zahlstellenkassierern mit Nr. 52 der „Ameise“ zugesandt. Auf die Ausfertigung dieses statistischen Formulars wollen die Kassierer die größte Sorgfalt verwenden. Die Zahl der weiblichen und männlichen Mitglieder, die in den fünf Berufsgruppen angegeben wird, muß in der Gesamtheit mit der am Kopf des Formulars und mit der im Abrechnungsformular angegebenen Mitgliederzahl genau übereinstimmen. Es ist ferner zu beachten, daß in Gruppe 4 unter „Hand-, Hof- und Tagelöhner“ nur diejenigen Mitglieder aufzuführen sind, die in keine der einzelnen Berufsarten der fünf Gruppen eingereiht werden können. Für die Einreihung in eine der angeführten Berufsarten kommt nur die Berufstätigkeit in Betracht; die Frage, ob gelernt oder ungelernet, scheidet dabei vollständig aus.

Ich hoffe, daß jeder Zahlstellenkassierer das berufsstatistische Formular gewissenhaft ausfertigt und auch mit der Abrechnung bestimmt einsendet, damit eine besondere Mahnung, schon wegen der hohen Postkosten, nicht erfolgen braucht.

Betreffs der Zusendung der neuen Beitragsmarken ersuche ich die Zahlstellenkassierer, die Einschätzung der Mitglieder sofort vornehmen zu lassen, damit sie mir mitteilen können, welche Markenforten und wieviel sie von jeder Sorte benötigen. Dadurch würde die Versendung der Marken erleichtert und verhütet, daß Markenforten gesandt würden, die in der Zahlstelle gar nicht oder doch nur in geringer Zahl benötigt werden. Wilh. Herden.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.
Tiefenfurt. Sonnabend, den 7. Januar 1922, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Kahl. Eine Gewerkschaftszeitung der französischen Porzellanarbeiter erhalten wir nicht. Uns ist auch nicht bekannt, daß eine solche existieren sollte. Gruß!

Dank!

Für die mir während meiner Krankheit zuteil gewordene reichliche Unterstützung allen Gebern sowie der hiesigen Verwaltung herzlichsten Dank.
Babette Widlein, Windisch-Gschenbach.

Ich habe gegen die Kollegen Paul Riffer und Hans Jost Behauptungen aufgestellt und verbreitet, die nicht wahr sind. Ich nehme diese mit Bedauern zurück.

Mois Wiesner, Breslau
Marianenstr. 15.

Dank.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die mir beim Tode meines Mannes hilfreich zur Seite standen, meinen herzlichsten Dank.
Elisabeth Steinbrecht, Flörsheim a. M.

Unseren langjährigen treuen Mitgliedern, Genossen Siltmann und Reimann, zu ihrem am 19. Dezember 1921 begangenen Dreierjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Mögen sich dieselben noch viele Jahre bester Gesundheit und stetigen Wohlergehens erfreuen.
Die Zahlstelle Sophienau.

Zur Beachtung für die Kassierer!

Die (gelbe) Zählkarte für die Arbeitslosenzahlung pro viertes Quartal ist am Sonnabend, den 31. Dezember, auszufüllen und bis spätestens 5. Januar an das Verbandsbureau einzulenden.

Für den Monat November gingen die Karten zu spät ein von der Zahlstelle Karlsruhe.

Nicht berichteten die Zahlstellen: Amberg, Blankenhain, Brambach, Burgau, Chemnitz, Köln, Eisenach, Frankfurt a. M., Freienort, Geringwalde, Klosterweilsdorf, Kirchenlamitz, Kronach, Lampringe, Liegnitz, Ludwigsburg, Mainleus, Mühlacker, Müchsen, Naila, Oberhausen, Offenbach, Osterode a. S., Peterwitz, Preßlig, Reichenbach, Schönwalde, Schwarzenfeld, Sophiental, Steinbach a. W., Tettau, Wesel und Windisch-Gschenbach. Das Verbandsbureau.

Erhöhung der Postgebühren.

Vom 1. Januar 1922 ab gelten folgende Postgebührensätze:

Ein Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm	1,25 M.
" " " " über 20 bis 250 Gramm	2,— "
" " " Fernverkehr bis zu 20 Gramm	2,— "
" " " " von 20 bis 100 Gramm	3,— "
" " " " über 100 bis 250 Gramm	4,— "
Eine Postkarte im Ortsverkehr	0,75 "
" " " Fernverkehr	1,25 "
Drucksachen bis zu 50 Gramm	0,50 "
" " von 50 bis 100 Gramm	1,— "
" " 100 " 250 "	2,— "
" " 250 " 500 "	3,— "
" " 500 " 1000 "	4,— "
Ansichtskarten mit 5 Grußworten	0,40 "
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	2,— "
Warenproben bis 250 Gramm	2,— "
Päckchen bis 1 kg	4,— "
Pakete bis 5 kg Nahzone (75 km)	6,— "
Pakete bis 5 kg Fernzone (über 75 km)	9,— "
Zeitungsapakete bis 5 kg in der Nahzone	3,— "
Telegrammgebühren jedes Wort	1,— "

Die Verwaltungen und Mitglieder mögen die neuen Sätze beachten und vom 1. Januar ab dementsprechend richtig frankieren. Mit Straßporto belastete Briefe und sonstige Postfächer werden nicht angenommen.

Das Verbandsbureau.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Gelernter Porzellanfleischer für sofort gesucht. Offerten mit Angabe, wo überall tätig gewesen, unter „301“ an die Red. der „Ameise“.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt je einen jüngeren perfekten Formengießer und Formeneinrichter. — Angebote mit Lohnansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermines erbeten an die Schramberger Majolikafabrik, G. m. b. H., Schramberg i. Württbg.

Figuristen, Gießer, Puffer, nur erste Kräfte, sowie selbständiger Polychromeur (Dauerstellung) stellt ein Plastische Kunst, Breslau, Köhlerstr. 84.

Zwei tüchtige Freihandmaler für Blumenmalerei (Unterglasur) werden sofort eingestellt. Hirschauer Steingutfabrik E. & C. Carstens, Werk I, Hirschau bei Amberg.

Wir suchen mehrere unverheiratete Maler

für reiche Dekoration. Wohnungsmöglichkeit vorhanden. Offerten mit Zeugnisabschriften an Porzellanfabrik Frauenthal, A.-G., Frauenthal (Steuß).

Tüchtige Dreher

zum möglichst sofortigen Antritt sucht

H. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges. Margarethenhütte, Post Großdubrau/Sachsen.

Zeller- und Großgeschirz-Dreher, sowie Gießer für Schüsseln und Terrinen, die in erstklassigem Tafelgeschirz durchaus bewandert sind, werden von uns eingestellt. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit an Porzellanfabrik Frauenthal, A.-G., Frauenthal b. Weiden, Sa.

Wir suchen per sofort einen tüchtigen Schleifer. Derselbe muß unverheiratet sein wegen Wohnortveränderung. Porzellanfabrik Brambach (Sa.).

Ein tüchtiger Formengießer der auch mit einrichten kann, wird von einer bayrischen Porzellanfabrik für elektrotechnische Artikel sowie Geschirrfabrikation zum sofortigen Eintritt (2. 1. 1922) gesucht. Akkordverdienst. Wohnung vorhanden.

Erbitte mit Zeugnisabschriften unter N. N. 1 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Wir suchen für unsere chemisch-technische Abteilung einen tüchtigen Oberdrehler, Dreher, Formgießer und Modellleur.

Bitte beschreiben mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit und einzulenden an Porzellanfabrik H. Rosenthal & Co., Akt.-Ges., Abt. C, Marktreuth.

Tüchtige Dreher zum sofortigen Eintritt sucht

Porzellanfabrik Tettau, G. m. b. H., Tettau bei Berlin.

Je ein tüchtiger Dalformer und Formengießer, der auch Mobelleinrichtungen versteht, zu sofortigem Antritt gesucht.

Porzellanfabrik Burgau, Post Göschwitz a. Saale, G.-M.

Schriftenmaler für Apotheken-Standardgefäße bei hohem Stundenlohn und Akkord sofort gesucht.

Janke & Kuntel, Köln a. Rhein, Im Sionstal 29-31.

Geübte ledige Isolatorendreher zum sofortigen Eintritt gesucht.

Porzellanfabrik Tettau, G. m. b. H., Tettau b. Berlin.

Wir suchen einige tüchtige Malerinnen für Goldband und Staffage.

Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. Sa.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiedere u. alle goldhaltigen Sachen. Bestehtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte.

Goldschmiedere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Winkel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen. Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malerrückstände usw. zum Einschmelzen kauft. M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf. Poliergoldflaschen 10 " 25—50 " je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malerrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Königsplatz 17.

Goldasche, Abfälle, ausgebranntes Malergold, wird sofort eingeschmolzen und zahlt höchste Tagespreise

A. Geyer, Goldarbeiter Selb i. Bayern.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jm., Thür.

Staunend billig

kaufen Sie Ihre Segeltuch-Spangenschuhe, Turnschuhe u. Pantoffeln in allen Größen b. Konrad Bügler, Schuhverwand, Birndorf b. Fürth i. Bay.

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher große prima Bymocca-Schwämme, das Stück zu 20, 30, 40, 50 M. und höher; Levantiner Glasur- und Garnierungsschwämme, das Stück 15, 20, 30 M.; feine weiche kleinere oder große Reeschwämme, das Kilo 550 M., extra große prima Reeschwämme, mit breiten Flächen, das Kilo 800 M.; Cayoschwämme, saftig, weich und fest, bester Ertrag für Bymocca, das Kilo, 55 Stück enthaltend, 750 M.; handgroße prima Hartheadschwämme, für Steingut, das Kilo, 40 Stück enthaltend, 450 M., gute Mittelqualität 300 M. pro Kilo; griechische Pferde-schwämme, von 5 bis 50 M. pro Stück. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten.

H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung

Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

CHRISTOP SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import u. Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinestr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinestr. 4. Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29.